

Kommunen sind die Hauptdarsteller

Weinheimer
Nachrichten,
23.05.2014

WEINHEIM/OFFENBACH. „Ungelöste Integrationsprobleme“, sagt Georg Horcher vom Fachdienst Jugend, Familie und Soziales des Landkreises Offenbach, „bilden sich zuerst in der Kommune ab“. Im hessischen Landkreis vor den Toren Frankfurts tagte die bundesweit beachtete Arbeitsgemeinschaft „Weinheimer Initiative“.

Das Jahresforum, an dem über 100 Bildungsexperten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung und Politik teilnahmen, stand laut einer Mitteilung der Verwaltung in diesem Jahr unter dem Motto „Teilhabe“. Damit sei der Gegenbegriff zur „Ausgrenzung“ definiert, wie der Dortmunder Sozialwissenschaftler und Koordinator der AG, Dr. Wilfried Kruse, eingangs erläuterte. Die „Weinheimer Initiative“ thematisiert, dass es im deutschen System von Integration und Bildung „zu viele Gruppen gibt, die nach wie vor einen schlechteren Zugang zu Bildung und Ausbildung haben“. Die AG, die nach der nordbadischen Stadt und Bildungsregion Weinheim benannt ist, agiert als Vertretung von Städten, Gemeinden und Landkreisen, die eine kommunale Koordinierung des Übergangs der Jugendlichen von der Schule ins Berufsleben leisten. Das Jahresforum

hat durch die stark steigende Zahl von Flüchtlingen mit seinem Motto an Aktualität hinzugewonnen – es wurde offensichtlich mit bildungs- und sozialpolitischem Weitblick gewählt. In der „Kreis-Offenbach-Erklärung“, die Diskussionsgrundlage der Tagung war, heißt es: „Die aktuellen Entwicklungen stellen die Städte und Landkreise vor erneute Herausforderungen, die überdies in der Öffentlichkeit eine hohe Aufmerksamkeit finden“. Die verstärkte Einwanderung aus süd- und osteuropäischen Ländern verschärfe die Situation. Denn darunter seien viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Ihnen die Teilhabe an Integration, Bildung und Ausbildung zu ermöglichen, müsse die Aufgabe der Kommunen sein. In diesem Zusammenhang wird in der Erklärung auch eine bessere Ausstattung der Kommunen gefordert. In dem Papier heißt es: „Die schleichende, aber immer spürbarer werdende Unterausstattung der Städte und Landkreise führt auf Sicht zu einer Gefährdung von Teilhabe und sozialer Integration und damit zur Gefährdung des sozialen Friedens.“

Michael Schüssler, Erster Stadtrat der Stadt Rodgau im Landkreis Offenbach, argumentierte: „Die Kommunen sind den Menschen vor Ort immer am nächsten, auch soziale Probleme und ungelöste Aufgaben der Integration werden bei uns zuerst spürbar.“ Nun müssten Bund und Länder den Kommunen auch „die Verantwortung und die Ressourcen geben“. Die AG „Weinheimer Initiative“ verstehe sich dabei als „kommunale Lobby“, so der Weinheimer Oberbürgermeister Heiner Bernhard. Er ist gemeinsam mit Stefan Skora, dem OB von Hayerswerda, einer der Sprecher der AG. Bernhard sieht die Kommunale Koordinierung des Übergangs von der Schule ins Berufsleben als eine „kommunale Pflichtaufgabe“. Die Teilhabe an Bildung sei der „Schlüssel für alle späteren Lebensphasen“.



Oberbürgermeister Heiner Bernhard ist einer der Sprecher der Initiative.